



Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen

37. Sitzung (öffentlich)

17. September 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Stenograf: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Verkauf von Wohnungsbeständen in NRW – Verkaufsfälle und Handlungsoptionen	1
Der Ausschuss nimmt Berichte von Vertretern des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) und von Staatssekretär Morgenstern (MSWKS) entgegen und führt eine Aussprache über das mögliche weitere Vorgehen im Zusammenhang mit Wohnungsveränderungen durch.	
2 Auswirkungen der Ausgleichszahlung	12
Vorlage 13/1953 Zuschriften 13/2975, 13/2983, 13/3004, 13/3044 und 13/3178	
Der Ausschuss befasst sich mit den durch die zugegangenen Zuschriften eingetretenen Änderungen beim Informationsstand.	

3 Die Augen nicht verschließen - Kinderarmut in Städten und Gemeinden des Landes bekämpfen -
Lebensraum Großstadt familienfreundlich gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/2959 und 13/3720

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden Röken überein, kein eigenes Votum gegenüber dem federführenden Ausschuss abzugeben.

(Kein Diskussionsteil)

4 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze 13

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855
Vorlage 13/2298

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich den ihn betreffenden Teilen des Gesetzentwurfes in den Artikeln 1, 6 und 8 zu.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (2. ÄndG - WBFG) -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4043
Zuschrift 13/3113

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen an.

(Kein Diskussionsteil)

6 Novellierung Landesplanungsgesetz 14

Der Ausschuss lässt sich von LMR Dr. Pietrzeniuk (MVEL) über den Stand der Überlegungen zur Novellierung des Landesplanungsgesetzes informieren. Danach beantwortet der Ministeriumsvertreter Fragen der Abgeordneten.

7 Projekt Dürrkopp Tor 6

22

Staatssekretär Morgenstern unterrichtet den Ausschuss über den aktuellen Stand zu diesem Thema.

8 Terminplanung 2004

-

Der Ausschuss beschließt die als Anlage beigefügte Planung unter dem Vorbehalt, noch einmal zu prüfen, ob der Termin am 4. Februar wegen der für diesen Tag vorgesehenen Klausurtagung der Enquete-kommission „Zukunft der Städte“ verlegt werden kann.

Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
37. Sitzung (öffentlich)

17.09.2003
Is-ke

Karl Peter Brendel (FDP) merkt an, die Stellungnahme in Zuschrift 13/3178 stelle das vom Kollegen Schulte schon Angesprochene dar, wonach sich die verschiedenen Akteure auch durch noch so viele Anhörungen und Stellungnahmen von ihren Auffassungen nicht abbringen lassen würden. Das gelte auch für seine Fraktion. Die Abschaffung der Ausgleichsabgabe in Schleswig-Holstein erscheine ihm als ein nachahmenswertes Vorbild.

4 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855
Vorlage 13/2298

Vorsitzender Wolfgang Röken verweist darauf, diesen Ausschuss betreffen nur die Änderungen in den Artikeln 1, 6 und 8. Der Ausschuss nehme nur zu den ihn betreffenden Änderungen Stellung.

Karl Peter Brendel (FDP) kommt zu sprechen auf die vorliegende Stellungnahme in Vorlage 13/2298 des MSWKS und fragt, wie mit den darin enthaltenen Empfehlungen verfahren werden solle, ob das Ministerium wünsche, dass diese durch eine Fraktion übernommen werden sollten.

Bernd Schulte (CDU) möchte wissen, ob der Bericht einem Referentenentwurf oder einem Gesetzentwurf der Landesregierung gleich komme. Falls es sich um einen Gesetzentwurf handele, bitte er mitzuteilen, ob eine Anhörung der Verbände stattgefunden habe und was diese bei der Gelegenheit geäußert hätten.

Staatssekretär Morgenstern (MSWKS) nimmt Stellung, die Bauordnung solle nach Art. 6 in zwei Punkten geändert werden. Diesem Vorschlag der Landesregierung habe das MSWKS nach vorausgegangenen fast zweijährigen intensiven Beratungen zugestimmt. Das betreffe § 55 der Bauordnung. In der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hätten die Verbände auch Änderungen in der Hochhausverordnung und in der Garagenverordnung vorgeschlagen. Diese halte das MSWKS nicht für erforderlich, weil bereits § 55 der Bauordnung vorschreibe, dass alle öffentlich zugänglichen Anlagen für die Menschen barrierefrei erreichbar sein müssten und somit von diesen ohne fremde Hilfe genutzt werden könnten. Deshalb bedürfe es nicht auch noch einer Änderung der Sonderbauvorschriften.

Die Frage von **Karl Peter Brendel (FDP)**, ob nach der Stellungnahme die Landesregierung ihren Gesetzentwurf entsprechend zu ändern beabsichtige, verneint **Staatssekretär Morgenstern (MSWKS)**. Dazu bestehe keine Veranlassung. Seine Stellungnahme habe sich auf den in der Anhörung unterbreiteten Vorschlag bezogen, zusätzlich zu der

vorgeschlagenen Änderung der Bauordnung im Gesetzentwurf auch noch die Sonderbauvorschriften zu ändern.

LMR'in Sattler (MSWKS) führt ergänzend aus, das zuständige MSWKS habe versucht, den berechtigten Belangen der Verbände in gewissem Umfang zu entsprechen. Das Ministerium habe aus diesem Grunde einen eigenen Vorschlag zur Änderung der Bauordnung unterbreitet. Das MSWKS habe zunächst gesagt, man wolle den Änderungswünschen bei den Sonderbauverordnungen entsprechen. Dann seien aber in der anschließenden Anhörung gerade erhebliche Bedenken gegen diese Vorschriften in den Sonderbauverordnungen geltend gemacht worden. Daraufhin habe das Ministerium noch einmal eine Prüfung vorgenommen. Deren Ergebnis liege dem Ausschuss vor, wonach es bei der Änderung der Bauordnung bleiben solle, aber keine Änderung der Sonderbauvorschriften vorgenommen werden sollten. Jetzt befinde man sich aber nicht mehr im Stadium der Änderung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Nunmehr liege es am Ausschuss, ob dieser sich dem Vorschlag des Ministeriums anschließe.

Vorsitzender Wolfgang Röken berichtet, in einer informellen Unterhaltung unmittelbar vor der Ausschusssitzung habe es geheißen, dieser Ausschuss könne ausschließlich zu den ihn betreffenden Punkten Stellung nehmen. Die diesbezüglichen Änderungen der Bauordnung erschienen zustimmungsfähig. Insoweit schlage er vor, dass sich dieser Ausschuss auf der Grundlage der Berichtsvorlage des Ministeriums dem diesen Ausschuss betreffenden Teil des Gesetzentwurfes anschließe. - **Dieter Hilser (SPD)** pflichtet dem Vorschlag des Vorsitzenden bei.

Bernd Schulte (CDU) äußert sich ebenfalls einverstanden mit dem vorgeschlagenen Verfahren und erklärt ergänzend, allerdings behalte sich seine Fraktion für die zweite Lesung im Plenum vor, noch einmal auf die von den Verbänden in der Anhörung gestellten Fragen einzugehen und nach Möglichkeit dazu noch die eine oder andere Modifizierung zu dem Gesetzentwurf vorzulegen.

6 Novellierung Landesplanungsgesetz

LMR Dr. Pietrzeniuk (MVEL) berichtet:

Das Landesplanungsgesetz befindet sich bereits im Novellierungsprozess. Die Landesplanungsbehörde geht davon aus, dass die Ressortabstimmung für das Gesetz noch Ende des Jahres abgeschlossen werden kann.

Dabei steht die Novelle unter verschiedenen Vorzeichen. Dazu gehören u. a. die Deregulierung, die Strukturierung, die Einführung neuer Planungsinstrumente und die Straffung der Verfahren. Darüber hinaus muss sich das Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen dem veränderten Raumordnungsgesetz des Bundes anpassen. Außerdem muss es die EU-Richtlinie zur Umsetzung der Umweltprüfung bei Plänen übernehmen.

TERMINPLAN 2004

- 1. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Januar) Weihnachtspause bis 06.01.2004
Februar	12	13	14	15	16	17	18) Sitzungsfrei
	19	20	21	22	23	24	25) Sitzungswoche
	26	27	28	29	30	31	1) -"
	2	3	4	5	6	7	8) -"
	9	10	11	12	13	14	15) -"
	16	17	18	19	20	21	22) Sitzungsfrei
	23	24	25	26	27	28	29) -"
März	1	2	3	4	5	6	7) Sitzungswoche
	8	9	10	11	12	13	14) -"
	15	16	17	18	19	20	21) -"
	22	23	24	25	26	27	28) -"
	29	30	31	1	2	3	4) -"
April	5	6	7	8	9	10	11) Sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18) -"
	19	20	21	22	23	24	25) Sitzungswoche
	26	27	28	29	30	1	2) -"
Mai	3	4	5	6	7	8	9) -"
	10	11	12	13	14	15	16) -"
	17	18	19	20	21	22	23) -"
	24	25	26	27	28	29	30) -"
Juni	1	2	3	4	5	6	7) Sitzungsfrei
	8	9	10	11	12	13	14) Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21) -"
	22	23	24	25	26	27	28) -"
	29	30	1	2	3	4	5) -"

□ = Plenarsitzungstage
 () = Schulfreien
 [] = Sitzungsfrei
 - = Bundesrat

TERMINPLAN 2004

- 2. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Juli	28	29	30	1	2	3	4) Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11) -"
	12	13	14	15	16	17	18) -"
August	19	20	21	22	23	24	25) Sommerpause
	26	27	28	29	30	31	1) vom 19.07.2003
	2	3	4	5	6	7	8) bis 05.09.2003
	9	10	11	12	13	14	15) Sitzungsfrei
	16	17	18	19	20	21	22) -"
	23	24	25	26	27	28	29) -"
September	6	7	8	9	10	11	12) Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19) -"
	20	21	22	23	24	25	26) -"
	27	28	29	30	1	2	3) -"
Oktober	4	5	6	7	8	9	10) -"
	11	12	13	14	15	16	17) -"
	18	19	20	21	22	23	24) Sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31) -"
November	1	2	3	4	5	6	7) Sitzungswoche
	8	9	10	11	12	13	14) -"
	15	16	17	18	19	20	21) -"
	22	23	24	25	26	27	28) -"
	29	30	1	2	3	4	5) -"
Dezember	6	7	8	9	10	11	12) -"
	13	14	15	16	17	18	19) -"
	20	21	22	23	24	25	26) Weihnachtspause
	27	28	29	30	31	1	2) v. 22.12.2004 - 06.01.2005

□ = Plenarsitzungstage
 () = Schulfreien
 [] = Sitzungsfrei
 - = Bundesrat

O = APr